

Große Änderungen im Kleinstaat

Am Wochenende haben die Wahlberechtigten im Fürstentum Liechtenstein ihr Parlament neu gewählt und für einige Überraschungen gesorgt. Dem liechtensteinischen Landtag werden zum ersten Mal in seiner Geschichte vier Parteien angehören.



Neben den großen Volksparteien Vaterländische Union (VU) und Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) sowie der bisherigen Oppositionspartei Freie Liste (FL) hat auch die erstmals angetretene Gruppierung Die Unabhängigen (DU) den Sprung in die Volksvertretung der Alpenmonarchie geschafft. Aus dem Stand heraus erzielte die Wahlliste um den abtrünnigen VU-Abgeordneten Harry Quaderer 15,3 Prozent der

Stimmen. Die Regierungsparteien mussten zum Teil herbe Verluste hinnehmen: Die VU, die derzeit noch den Regierungschef stellt, verlor 14,1 Prozent und kam auf 33,5 Prozent. Der Koalitionspartner FBP büßte 3,5 Prozent ein und wurde mit 40 Prozent Wahlsieger. Die FL konnte sich um 2,2 auf 11,1 Prozent der Stimmen verbessern.

In dem 25 Mitglieder umfassenden Milizparlament des Fürstentums wird die FBP zehn Abgeordnete stellen, die VU acht, DU vier und die FL drei. Die Wahlbeteiligung lag mit 79,8 Prozent für liechtensteinische Verhältnisse sehr niedrig. Seit der Landtagswahl 2001 war die Wahlbeteiligung alle vier Jahre kontinuierlich gesunken. Von den etwa 36 800 Einwohnern waren aufgrund des Ausländeranteils von einem Drittel nur 19 251 Bürger stimmberechtigt.

Das Ergebnis zeigt die Unzufriedenheit vieler Liechtensteiner mit der bisherigen Regierungskoalition, vor allem mit der VU. Nach der Affäre um die Steuerhinterziehung des Ex-Post-Chefs Klaus Zumwinkel war der Finanzplatz international starker Kritik ausgesetzt. Ausländische Anleger zogen seit 2008 etliche Millionen Euro von liechtensteinischen Konten ab. Die Regierung um Regierungschef Klaus Tschüscher (VU) vollzog einen Politikwechsel hin zu einer neuen Finanzplatzpolitik mit einer sogenannten Weißgeldstrategie. So schloss das Fürstentum mit zahlreichen Ländern einschlägige Verträge ab. Mit Deutschland vereinbarte Liechtenstein ein Doppelbesteuerungsabkommen und einen begrenzten Austausch von Steuerinformationen. Die neuen Entwicklungen führten zu drastischen Einnahmeverlusten von Banken und Treuhändern. Der Staatshaushalt schreibt seit einigen Jahren rote Zahlen, dank jahrzehntelanger Steuerüberschüsse und Rücklagen ist das Fürstentum aber noch nicht verschuldet.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen und die wirtschaftliche Stärkung des Landes waren wichtige Themen des Wahlkampfes. Regierungschef Tschüscher und die zwei anderen VU-Minister hatten schon vor Monaten ihren Rückzug angekündigt. Neuer Regierungschef wird voraussichtlich Adrian Hasler (FBP), bislang Chef der Landespolizei. Er könnte sowohl mit VU als auch mit DU und FL eine Koalition bilden. Wahrscheinlich wird es aber zu einer Neuauflage der großen Koalition aus FBP und VU kommen, die nun allerdings nicht mehr über eine verfassungsändernde Mehrheit verfügt.

Autor Sebastian Wolf ist Privatdozent für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz und Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut in Barendorn